

Chancen und Risiken für das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland

Saskia Esken

Durch die Reformpolitik der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder, aber auch durch die positive Entwicklung der Weltwirtschaft hat sich in Deutschland in den letzten Jahren nach einer durch den Kohlschen Reformstau verursachten langanhaltenden Baisse das Wirtschaftswachstum erholen können. Dabei konnte sich erstmals seit langer Zeit, vielleicht wegen der Konstanz des Wachstums, ganz sicher aber wegen der vorangegangenen arbeitsmarktpolitischen Reformen, die positive Stimmung auch auf die Beschäftigung auswirken.

Wir streben auch weiterhin die Annäherung an die Vollbeschäftigung an: Nur eine Beschäftigung im Arbeitsmarkt verschafft den Menschen nicht nur ein Auskommen, sondern auch die Bestätigung ihrer Zugehörigkeit und ihrer Wertigkeit für die Gemeinschaft. Dabei wollen wir sicherstellen, dass die Menschen von ihrer Arbeit auch leben können.

Ohne ein stabiles Wirtschaftswachstum jedoch ist eine weitere Ausweitung der Beschäftigung undenkbar. Welche Risiken für die Stabilität des wirtschaftlichen Wachstums und seines positiven Niederschlags auf die Beschäftigung haben wir in Deutschland derzeit zu bedenken und wie können wir sie in Chancen für unsere Zukunft umwandeln?

1. Risiko Finanzmärkte

Das unregelte Spiel der internationalen Finanzmärkte ist ein Pulverfass und stellt eine immense Bedrohung für die Weltwirtschaft und damit auch für unsere wirtschaftliche Entwicklung dar. Dabei muss die Politik tatenlos zusehen, wie durch die verantwortungslosen Geschäfte von Investmentbankern unsere Bemühungen um ein stabiles Wachstum zunichte gemacht werden.

Weltweit, auch in Deutschland, mussten in letzter Zeit die Zentralbanken und damit schlussendlich der Steuerzahler die in Not geratenen Banken in öffentlicher Hand stützen oder gar retten. Diese Vorgänge in der Bankenwelt der letzten Zeit zeigen einen deutlichen Regulierungsmangel in der Finanzwelt.

- Wir brauchen ein **Regelwerk für die Sicherheit von Geldanlagen** – für alles gibt es in Deutschland einen TÜV, warum also nicht für Finanzanlagen?
- **Die Aufsicht über Landesbanken und andere staatliche Kreditinstitute** muss ganz offensichtlich professionalisiert werden.
- Eine internationale Institution wie z.B. der Währungsfond IWF muss ein **Regel- und Kontrollsystem für das weltweite Geflecht von Beteiligungen im Bankensystem** installieren.

2. Risiko Fachkräftemangel

Mit dem anhaltenden konjunkturellen Aufschwung ist nicht nur der Niedriglohnsektor gewachsen, sondern insbesondere die Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitskräften ist in Deutschland stark angestiegen. Immer öfter können offene Stellen nicht besetzt werden, weil die nötigen Qualifikationen nicht vorhanden sind. Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt für Fach- und Hochschulabsolventen wird es zu Engpässen kommen, die bereits in den nächsten Jahren das Wirtschaftswachstum gefährden könnten.

- **Mehr Geld in eine bessere Bildung** wäre der erste Schritt in die richtige Richtung. Denn in Deutschland ist laut dem Bildungsbericht der OECD der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf 5,1% gesunken. Damit befindet sich unser Bildungsstandort im unteren Drittel der OECD-Länder, die im Schnitt 6,1% ihrer Wirtschaftsleistung für die Bildung ausgeben.
- **Eine moderne Struktur** muss für die Bildungslandschaft in Deutschland geschaffen werden, die das soziale Gefälle der Bildungschancen beendet und dafür sorgt, dass wir die Potenziale aller jungen Menschen optimal nutzen, anstatt Milliardenbeträge in die bestehenden Strukturen zu pumpen und mit der Giesskanne zu verteilen, wie dies derzeit in Baden-Württemberg geplant ist.
- **Das Recht auf eine qualifizierte Berufsausbildung** und auf lebenslange Weiterbildung baut Facharbeitermangel ab und ermöglicht den Menschen eine berufslebenslange Teilhabe am Arbeitsmarkt.
- **Die notwendige Steigerung der Zahl von Fach- und Hochschulabsolventen** ist zu erreichen durch einen massiven Ausbau der gebührenfreien Studienplätze. Die werden aber nur dann gebraucht, wenn die für eine Akademikerlaufbahn geeigneten jungen Menschen aus allen sozialen Schichten die Chance erhalten und dann auch ermutigt werden, ein Studium aufzunehmen, auch wenn ihre Eltern Nicht-Akademiker sind. Denn von 1993 bis 2007 konnte zwar der Anteil der jungen Frauen an den Hochschulen ausgebaut werden. In der gleichen Zeit ist aber der Anteil der Akademiker“kinder“ an den Unis von 49% auf 60% gestiegen! Das ist das „obere“ Ende der sozialen Selektivität unseres Bildungssystems, und es ist der sichere Weg in die Mittelmässigkeit. Denn die Herkunft aus einer akademischen Familie erleichtert zwar die Zugang zur akademischen Laufbahn, garantiert aber bei weitem keine wissenschaftlichen, innovativ erfinderischen oder gesellschaftlich/politischen Spitzenleistungen.
- **Gezielte Förderung der Zuwanderung von Hochqualifizierten** ist das akute Gebot der Stunde. Dabei ist die Senkung der Mindesteinkommensgrenze für hochqualifizierte Zuwanderer ein erster Schritt. Dass einheimische Fachkräfte Vorrang haben, ist nur ein Beitrag, den wir zur gesellschaftlichen Akzeptanz weiterer Zuwanderung zu leisten haben. No-Go-Areas für Ausländer darf es auch in den Neuen Bundesländern nicht geben!
- **Das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze** erfordert manchmal einigen Mut, insbesondere wenn ein Betrieb nicht damit rechnen kann, die Auszubildenden auch einmal übernehmen zu können. Aber auch ohne Übernahmegarantie ist eine qualifizierte abgeschlossene Berufsausbildung für jeden einzelnen jungen Menschen die Eintrittskarte in die Arbeitswelt. Die Betriebe müssen dabei auch ermutigt und unterstützt werden, nötigenfalls ihren Beitrag zur Entwicklung der Persönlichkeit und Ausbildungsfähigkeit eines Bewerbers zu leisten.

3. Risiko Binnennachfrage

Von den durch Inflation und Abgabenlast sinkenden Realeinkommen im Mittelstand und der Ausweitung des Niedriglohnssektors auf im internationalen Vergleich überdurchschnittliche 21% der deutschen Beschäftigten geht eine Bedrohung für die Binnennachfrage aus, die die Konjunktur trotz der guten Auslandsgeschäfte gefährden könnte. 1995 wies die deutsche Wirtschaft noch ein 62% über dem europäischen Durchschnitt liegendes Bruttoinlandsprodukt auf, heute liegt es nur noch 22% über dem Durchschnitt – ein Abstieg um 40 Prozentpunkte!

- **Die Einführung von Mindestlöhnen auf breiter Basis** streben SPD-Bundestagsfraktion und die Regierungsmitglieder seit langer Zeit an. Diese können mit tariflichen Regelungen im Rahmen einer Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes erreicht werden. Wo dies nicht möglich ist, muss eine gesetzliche Mindestlohngrenze geschaffen werden. Zumindest müssen wir Mindestlöhne per Rechtsverordnung nach dem Mindestarbeitsbedingengesetz erlassen, auch um ausländische Arbeitnehmer unabhängig vom Firmensitz ihrer Arbeitgeber und damit die inländischen Kollegen und Firmen vor der Konkurrenz des Lohndumpings zu schützen.

Wir kämpfen für Mindestlöhne, weil Lohndumping unsozial ist und weil sie ein Gebot der Würde der Arbeit und der sozialen Gerechtigkeit sind. Wir wollen sie, weil es nicht sein kann, dass die Steuerzahler das Lohndumping mancher Firmen durch ergänzendes Arbeitslosengeld II bezahlen müssen, derzeit für über 700.000 sozialversicherungspflichtige Menschen in Deutschland, 500.000 davon sogar in Vollzeit tätig. Wir finden es unhaltbar dass in 25 der 27 europäischen Mitgliedsstaaten ein gesetzlicher oder vergleichbar wirksamer Mindestlohn gilt. Deutschland steht gemeinsam mit Zypern hier außerhalb der Gemeinschaft.

Wir brauchen Mindestlöhne aber auch, weil eine Einkommensteigerung für die Menschen im unteren Lohnsegment aufgrund ihrer hohen Konsumquote die Binnennachfrage weit mehr befeuern würde als die Steigerungen, die in den letzten Jahren den oberen Einkommen zuteil wurden. Menschen in Armut oder am Rande der Armut müssen ihr Geld überwiegend für Konsumgüter ausgeben, Spitzeneinkünfte werden vermehrt im Ausland geparkt und damit unsere Volkswirtschaft entzogen.

Nach einer Studie, die der Wirtschaftswissenschaftler Klaus Bartsch im Auftrag von ver.di durchgeführt hat, könnten durch die Einführung eines Mindestlohns von 9 € durch eben diese steigende Binnennachfrage wiederum bis zu 450.000 neue Beschäftigungsverhältnisse entstehen!

Auch der Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Robert Solow hat seine eigene Annahme, Mindestlöhne gefährdeten die Beschäftigung und eine Ausweitung des Niedriglohnssektors könne die Beschäftigung steigern, in einer eigenen Studie widerlegt gesehen. Er spricht sich deshalb für die Einführung von moderaten Mindestlöhnen und eine aktive Arbeitsmarktpolitik aus. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – und der Mann ist Wirtschaftswissenschaftler!

- **Die Forderung der Gewerkschaften nach einem gerechten Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivitätswachstum** können wir nur unterstützen. Angemessene Lohnsteigerungen, aber auch der Ausbau von Beteiligungen der Belegschaften am Unternehmenskapital sind der richtige Weg.

Denn auch das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit in Zeiten der auseinanderdriftenden sozialen Schere und sinkender Realeinkommen im Mittelstand bei exorbitant gestiegenen Spitzeneinkommen und –vermögen. Doch eine Umverteilung ist nicht nur das Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Auch sie ist wirtschaftlich notwendig, weil mittelständische Lohnempfänger ihr Geld überwiegend ausgeben und in moderne Konsumgüter investieren.

Gerade der Einzelhandel beklagt die spürbare Kaufzurückhaltung der Menschen und lamentiert, auch hier sei der Aufschwung nicht angekommen. Und wie bezahlt der Einzelhandel sein Personal?

4. Risiko Energiepreise

Scharfe Umweltvorschriften und eine hohe Besteuerung der Energiekosten in Deutschland wurden in den 80er Jahren noch als Gefahr für Arbeitsplätze und Wohlstand verteufelt. Heute erweisen sie sich durch ihre Exportwirksamkeit, aber auch durch den Einsatz der entwickelten modernen Technologien zur Senkung der Energiekosten für die deutsche Wirtschaft als deutlicher Wettbewerbsvorteil.

- **Deutschlands technologieorientierte Wirtschaft**, die den Export beherrscht wie kaum eine andere, braucht sich vor Energiepreisen nicht zu fürchten. Sie darf nicht durch die unsägliche Diskussion um die Verlängerung der AKW-Laufzeiten im ewig Gestrigen verharren und davon abgehalten werden, weiterhin in die Entwicklung zukunftssträchtiger und exportfähiger Technologien für Energieeffizienz, Klimaschutz und die Nutzung regenerativer Energien zu investieren. Hat man bei den großen Stromkonzernen etwa die Zukunft verschlafen und braucht jetzt eine Auszeit?

Deutschlands Wirtschaft hält heute einen Welthandelsanteil von 10% als Exporteur von Umweltschutzgütern! Das Bundesumweltministerium und mit ihm die Führungsmannschaft der deutschen Wirtschaft glauben, dass sich das weitweite Geschäft auf dem sogenannte grünen Markt von derzeit rd. 1000 Mrd. € bis zum Jahr 2020 verdoppeln lässt. Wer hier technologisch die Nase vorn hat, wird das Jahrhundertgeschäft machen. Die deutsche Wirtschaft hat heute die Lösungskompetenz in der Energie- und Umwelttechnik.

5. Risiko Abwanderung von Kapital und Beschäftigung

Die größte Bedrohung der Globalisierung, der Trend zur Abwanderung von Kapital und Beschäftigung aus Deutschland, ist zum großen Teil abgewendet. Das ist so, weil Deutschlands Wachstumsmotor, der Mittelstand, überwiegend immer noch familiär geprägt und bodenständig ist. Und weil der Mittelstand seine sowieso geringe Zahl von Experimenten im Ausland zumeist wieder zurückgefahren hat – wegen

mangelnder Zuverlässigkeit und Qualität oder einfach nach Erfahrungen mit der Bürokratie im Ausland. Und mittlerweile steigen auch in früheren Billiglohnländern die Arbeitskosten – die Produktivität und das Qualitätsbewusstsein hinken aber weit hinterher.

- Die daheimgebliebenen und die zurückgekehrten mittelständischen Betriebe investieren ihre Gewinne in den Fortschritt, in qualifizierte Beschäftigung, in Weiterbildung und nicht in gierige Aktionäre – das ist ihr Wettbewerbsvorteil! Der deutsche Mittelstand profitiert von der Globalisierung, weil er ideologiefrei und zukunftsorientiert in die größten Wachstumsmärkte investiert wie die Energie- und Umwelttechnik oder die Medizintechnik. Alternativ haben sie in Nischen wie der Herstellung von erstklassigen Prothesen durch ihre Qualität nahezu eine Alleinstellung am Markt.

6. Risiko Gerechtigkeitslücke

Die Armutsentwicklung als solche und die daraus folgende Gerechtigkeitsdebatte in Deutschland gefährdet auf Dauer den sozialen Frieden und damit auch eine der wichtigsten Grundlagen des deutschen Erfolgsmodells „soziale Marktwirtschaft“.

- Die **Diskrepanz in der Gerechtigkeitswahrnehmung** zwischen der Bevölkerung und den Abgeordneten in den Landesparlamenten und im Bundestag ist erschreckend:

60 % der Bevölkerung halten die Verteilung der Einkommen und des Vermögens in Deutschland für ungerecht

28 % der Bevölkerung glauben, es sei gerecht verteilt.

Dagegen glauben nur

28 % der Abgeordneten, dass es in Deutschland bei der Einkommensverteilung ungerecht zugeht und

60 % der Abgeordneten sind der Überzeugung, an der Verteilung des Reichtums sei nichts auszusetzen.

Diese von einer Studie festgestellte Wahrnehmungsdiskrepanz wurde von den Bürgern schon längst wahrgenommen und benannt: „Die da oben wissen doch gar nicht, wie es uns ergeht!“ Folgen dieser Diskrepanz sind

- eine verfehlte Politik, die an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigeht
- eine zunehmende Politikverdrossenheit, die sich im Rückzug der Menschen aus der politischen Willensbildung zeigt, in der sinkenden Wahlbeteiligung und Abwanderung der Wähler zu Protestparteien.

Ich fürchte, gerade von dieser unterschiedlichen Wahrnehmung geht eine große Gefahr für den sozialen Frieden durch die Zunahme von Streiks und damit auch für die Wirtschaft in Deutschland aus.

- **Der Anstieg der befristeten und der geringfügigen Beschäftigungen** und die Ausweitung der Leiharbeit tut ein Übriges. Viel zu viele Menschen in Deutschland leben in Armut, oder sie leben in der ständigen Bedrohung durch die Gefahr des sozialen Abstiegs. Das macht sie anfällig für rechtsextreme und fremdenfeindliche Rattenfänger, und darin besteht eine weitere Gefährdung für unsere Gesellschaft.
- **Der letzte, aber entscheidende Stein im Mosaik der Gerechtigkeitslücke** ist die ungerechte Verteilung der Bildungschancen im deutschen Bildungssystem: Wer arm geboren wird, der weiß auch von Beginn an, daß er keine Chance hat zur Teilhabe an der Gesellschaft.

Im Ganzen ist der ehemals wichtigste Motor des deutschen Wirtschaftswunders verloren gegangen:

Das Versprechen des Aufstiegs durch Bildung und Leistungsbereitschaft, es ist gebrochen.

Und solange dieses Versprechen nicht neu gegeben und gehalten wird, ist der Niedergang von Wirtschaft und Gesellschaft programmiert.

Mit dem nötigen Einfluss einer in der Mehrheit sozialdemokratischen Regierungspolitik lassen sich die beschriebenen Risiken also umwandeln in Chancen für eine Stärkung und Weiterentwicklung unserer ehemals so erfolgreichen sozialen Marktwirtschaft.